

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben: Stellungnahme zum Europ. Regionaltreffen des Weltärztebundes im Nov. 2017 im Vatikan**
- **Rita Schwarzer: Die gebrochenen Helden**
- **Alexander Dorin, Zoran Jovanovic: Srebrenica – wie es wirklich war**
- **German-Foreign-Policy: Chaos säen**
- **Kla.tv: Syrien: Beweise oder Lügen für Kriegsverbrechen?**
- **Karin Leukefeld: Am Rande des Krieges**
- **DWN: Simbabwe: Großmächte kämpfen um Zugriff auf Rohstoffe**
- **SwissPropaganda: Die Grenzen der Pressefreiheit**
- **Herrschaftsinstrument Tagesschau: Über "Die Macht um Acht"**
- **John Perkins: Ich half den USA beim Ausnehmen armer Länder**
- **Ralf Streck: Portugal zahlt erneut IWF-Schulden frühzeitig zurück**
- **DWN: Kleinstadt blockiert Ausbeutung ihres Grundwassers durch Nestle**

Zitat des Monats von [Albert Schweizer](#):

Ohne Ehrfurcht vor dem Leben hat die Menschheit keine Zukunft.

*In diesem Sinne wünscht die Redaktion
ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 2018.*

Editorial

In dieser Ausgabe berichten wir vor allem über internationale Vorgänge, also leider vor allem über Krieg und Ausbeutung und über zugehörige Hintermänner.

Es geht um Syrien, Simbabwe, Ukraine und Ex-Jugoslawien. Die Mainstream-Medien desorientieren uns darüber mit Falschmeldungen und dem Verschweigen wichtiger Tatsachen. Wie weit das geht, zeigen Beiträge über Zensurmaßnahmen auch in der Schweiz sowie eine kritische Analyse der 'Tagesschau' aus der Sicht ehemaliger Mitarbeiter.

Ein Aussteiger (Economic Hitman) berichtet, wie perfide Strategien bereits in den 70er Jahren praktiziert und angelegt wurden. Die Akteure sind oft selber Opfer – was auch für die Soldaten gilt, die als Täter missbraucht werden.

Es gibt aber auch positive Beispiele aus dem internationalen Bereich. Dies zeigen Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung in Portugal, über den Widerstand gegen die Trinkwasser-Privatisierung in Michigan (USA), aber auch über die hippokratisch orientierte Arbeit von verantwortungsvollen Ärzten in Deutschland.

[Inhalt](#) ↑

• Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben: **Stellungnahme zum Europäischen Regionaltreffen des Weltärztebundes am 16. und 17. November 2017 im Vatikan**

Der moralische Stand einer zivilisierten Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Der Lebensschutz ist in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert. Der Arzt ist Beschützer des Lebens, er darf nicht zur Gefahr für das Leben seiner Patienten werden.

Es widerspricht zutiefst dem seit 2'400 Jahren gültigen ärztlichen Ethos und der Menschlichkeit eines jeden, einem leidenden Menschen Beihilfe zum Suizid zu leisten. Dieser braucht vielmehr fachgerechte medizinische Hilfe und echte mitmenschliche Zuwendung sowie die Gewissheit, dass der Arzt alles tun wird, um seine Krankheit zu heilen oder, wo dies nicht möglich ist, sein Leiden zu lindern. Patienten, die einen Suizidwunsch äußern, erwarten in aller Regel nicht, dass ihr Tod herbeigeführt wird. Überwiegend ist der Wunsch nach assistiertem Suizid ein Hilferuf und vorübergehender Natur.

Es gibt keine Rechtfertigung für die ärztliche Beihilfe zur Selbsttötung eines Patienten. Der assistierte Suizid setzt voraus, dass ein Menschenleben von einem Dritten, nämlich dem Sterbehelfer, als lebensunwert beurteilt wird. Damit ist aber bereits die [Grenze zur Euthanasie überschritten](#). Die Eskalation der Tötung mit – und ohne – Verlangen des Patienten in den Niederlanden seit den 1990er Jahren muss uns hier eine Warnung sein.

[Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben](#) haben sich als Liga 2015 gegründet, um gemeinsam daran mitzuwirken, dass das ärztliche Ethos in der hippokratischen Tradition erhalten bleibt und das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient nicht durch die Diskussion über und einer Lockerung der Gesetze für die ärztliche Beihilfe zum Suizid zerstört wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Rita Schwarzer: **Die gebrochenen Helden**

Amerika feiert seine ehemaligen Armeeingehörigen gerne als Helden. Tatsächlich handelt es sich [in vielen Fällen um psychisch schwer belastete Menschen](#), die vom Kriegsgeschehen für ihr weiteres Leben gezeichnet sind oder gar nicht mehr damit fertigwerden. Die Suizidrate von Veteranen wurde vom US-Verteidigungsministerium Anfang 2013 auf 22 jeden Tag geschätzt. Mehr als die Hälfte der aus Irak und Afghanistan Zurückkehrenden leiden an chronischen Schmerzen. Drogen-, Alkohol- und Tablettensucht sind auch nach der Rückkehr ins zivile Leben weit verbreitet. Manche Veteranen finden ihren weiteren Lebenssinn immerhin in der Mitarbeit bei Hilfsorganisationen für die hilfsbedürftigen Kameraden.

Der Artikel schildert erschütternde Beispiele für eine weitere schmutzige Seite von Krieg, dessen Opfer nicht nur die Angegriffenen, sondern oft auch die Täter sind, die infolge irgendeiner Propaganda in diese Kriegsmaschinerie geraten sind. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Dorin, Zoran Jovanovic: **Srebrenica – wie es wirklich war**

Das Buch der beiden Autoren Dorin und Jovanovic mit obigem Titel ist ein Dokument zu der Lüge, in Srebrenica habe ein Genozid stattgefunden. Diese Lüge war der wesentliche Anklagepunkt des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gegen den bosnisch-serbischen Ex-General Ratko Mladic. Das angebliche Massaker in Srebrenica war für die USA der geforderte Anlass für die "Humanitäre Intervention" der NATO in Jugoslawien.

Die Beweisführung des Buches gegen das den Serben angelastete angebliche Verbrechen, im Juli 1995 bei Srebrenica fast 8'400 Menschen ermordet zu haben, erfolgt sehr gründlich und umfangreich. – Unter dem [Link zum Buch-Verlag](#) ist auch ein Interview-Video mit Dorin (0h38) zu finden.

Eine sehr gute Zusammenfassung gibt Alexander Dorin in seinem Interview mit Kaspar Trümpy. Dort erfahren wir, was wirklich abgelaufen ist: "Am 17. Juli 1995 unterzeichneten in Bratunac ein UN-Kommandant und ein Vertreter der moslemischen Zivilbehörden ein Dokument, in dem u. a. folgendes bestätigt wird: Den moslemischen Zivilisten wurde von den serbischen Behörden die Wahl darüber überlassen, ob sie in der Stadt bleiben wollen oder nicht. Die Zivilisten hätten sich jedoch zur Evakuierung entschieden. Daraufhin hätte die serbische Seite die [Evakuierung der moslemischen Zivilisten in moslemisch kontrolliertes Gebiet organisiert](#). In dem Schreiben bestätigen der UNO-Kommandant und der moslemische Vertreter, dass sich die Serben an alle Bestimmungen gehalten hätten und dass es dabei zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sei."

In dem Interview belegt Dorin, dass die Zahl von den angeblichen fast 8'400 Opfern eines Massenmordes nicht stimmen kann. So sind in der ursprünglichen Vermisstenliste nur 7'400 Menschen genannt. Davon sind mindestens 2'000 Gefechtstote, die es gab, als 8'000 moslemische Soldaten und 4'000 z.T. bewaffnete Zivilisten auf ihrem Weg von Srebrenica nach Tuzla in Gefechte mit der serbischen Armee verwickelt wurden. Von den verbleibenden 5'400 angeblich Ermordeten tauchten 1996 ca. 3'000 Männer in Wählerlisten bei Wahlen auf, die von der OECD nicht beanstandet wurden. Werden noch die 500 Männer abgezogen, die vor dem Fall von Srebrenica von dort geflohen waren, so bleiben noch 1'900 mögliche Exekutionsopfer. Zudem ist bekannt, dass je nach Quelle ein paar hundert oder mindestens tausend Menschen nach dem Fall Srebrenicas die Grenze nach Serbien überquert haben und z.T. ganz aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgewandert sind.

Dorin legt aufgrund von einer moslemischen Statistik und einem UN-Dokument auch dar, dass im August 1995 in Tuzla 35'632 Überlebende aus Srebrenica registriert wurden und in Srebrenica vor dessen Fall 37'255 gelebt haben. Demnach könnten 1'623 bei dem bewaffneten Durchbruch nach Tuzla gefallen sein. Für Exekutionsopfer bleibt hier kein Raum.

Diesen Fakten zum Trotz ist [der bosnisch-serbische Ex-General Ratko Mladic vom UN-Kriegsverbrechertribunal zu lebenslanger Haft verurteilt](#) worden. Der Prozess gegen Mladic war 2012 eröffnet worden. Ihm wurde vorgeworfen, in Bosnien und Herzegowina in den Jahren 1992

bis 1995 Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Damals befahl der General die serbische Armee.

Wer sich noch tiefer mit diesem Thema befassen möchte, kann dies z.B. auf der Seite [Srebrenica 7/11](#) tun. Zudem gibt es zu dem Thema neben dem im Titel dieses Artikels angegebenen Buches weitere Bücher wie: Alexander Dorin: "Srebrenica. Die Geschichte eines salonfähigen Rassismus." Oder von Germinal Civikov: "Srebrenica. Der Kronzeuge."

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **Chaos säen**

[Vier Jahre nach dem Beginn der Maidan-Proteste](#) werden schwere Vorwürfe gegen führende Aktivisten der damaligen prowestlichen Regierungsgegner laut. Demnach dauern die in der prowestlich gewendeten Ukraine die Missstände an. Die Macht der Oligarchen sei ungebrochen, auch wenn es Verschiebungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Oligarchen gegeben habe. Die Korruption hält auf hohem Niveau an, wie an verschiedenen Beispielen aufgezeigt wird.

Die ukrainische Bevölkerung ist landesweit unzufrieden: 75% beschreiben die aktuelle Entwicklung als "Zerfall", während 85% die Lage schlichtweg als "Chaos" bezeichnen. 69% können sich landesweite Proteste gegen die prowestliche Regierung ohne weiteres vorstellen.

Diese Stimmung wird auch durch antirussische Exzesse geschürt. So wurde russischen Fernsehsendern, Netzwerken und E-Mail-Providern die Lizenzen entzogen. Zudem wurde ein neues Sprachengesetz verabschiedet, das den Gebrauch von Minderheitensprachen wie Russisch im Land empfindlich einschränkt.

Nach neuen Berichten sind die Scharfschützen-Morde, die ein Massaker auf dem Maidan auslösten, von der damaligen Opposition in Auftrag gegeben und mit deren praktischer Hilfe vorbereitet worden. Dies berichten drei Georgier, die sich selbst der Tatbeteiligung bezichtigen. Ihre Aussagen bestätigen frühere, z.T. öffentlich getätigte Geständnisse weiterer Scharfschützen.

Wie diese Georgier berichten, wurden die Scharfschützen durch Anführer der Proteste, die heute in Kiew als Parlamentsabgeordnete tätig sind, mit Waffen ausgestattet. Die [Scharfschützen erschossen damals wahllos Polizisten und Demonstranten](#). Die drei Georgier wurden in Tbilisi angeworben und [unter falschem Namen nach Kiew eingeflogen](#). Offiziell wird das Massaker bis heute den Repressionsapparaten der damaligen ukrainischen Regierung unter Janukowitsch oder nicht näher bezeichneten Russen zugeschrieben.

Die Georgier berichten auch, den heutigen Kiewer Parlamentssprecher Andrij Parubij oft in einem Hotel beobachtet zu haben, aus dem an jenem Tag Scharfschützen feuerten. Parubij war damals als "Kommandant des Maidan" für die Kontrolle bewaffneter Banden auf dem Platz zuständig. Der Mann, dessen tatsächliche damalige Rolle ungeklärt ist, war Gast auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und spricht auf NATO-Veranstaltungen.

Leider sind die beiden GFP-Original-Artikel bei GFP nur als Zusammenfassung einsehbar. (Red.)

[German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Kla.tv: **Syrien: Beweise oder Lügen für Kriegsverbrechen?**

Die westlichen Regierungen lassen nicht locker, [Assad des Kriegsverbrechens an der eigenen Bevölkerung zu bezichtigen](#). Sie wollten ursprünglich diese Anklage vor dem von der UNO dafür vorgesehenen internationalen Gerichtshof ICC in Den Haag erheben. Dies hat Russland durch sein Veto verhindert.

Deshalb wurde jetzt ein anderer Weg für diese Anklage gefunden. Eine von 32 Staaten finanzierte Arbeitsgruppe unter der Leitung der französischen Richterin und Völkerrechtlerin Catherine Marchi-Uhel hat jetzt diese Aufgabe übernommen. Sie wird dabei von einem fast 60-köpfigen Team von Fachleuten unterstützt. Laut Medien könne das Team allerdings nicht selber in Syrien recherchieren und müsse sich auf private Hilfsorganisationen vor Ort berufen.

Es ist bekannt, dass die allermeisten Fotos, Videos und sonstigen "Beweise", die es in die Leitmedien des Westens schafften, vom sogenannten "Syrischen Zivilschutz" – Weißhelme genannt – stammen. Diese [Weißhelme sind keineswegs neutral](#). Finanziert werden sie ganz offen durch die USA und die EU-Staaten – von denselben, die auch Marchi-Uhels Team unterstützen.

[Kla.tv](#), 2012 gegründet, nimmt für sich in Anspruch, durch klarstellende Sendungen Verderben bringende Medienlügen und Lügenmedien zu entlarven. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Am Rande des Krieges**

Seit in Syrien Krieg herrscht, haben die meisten europäischen Staaten ihre Botschaften von Damaskus in den Libanon verlegt. Von hier aus wurde die syrische Opposition unterstützt, illegal und auch mit Waffen. So hat die libanesische Marine mindestens acht Schiffe identifiziert, die mit ihren illegalen Waffenlieferungen der von Deutschland gestellten Marinemission nicht aufgefallen sein sollen.

Der Libanon hat etwa [6 Millionen Einwohner](#). Hinzu kommen [1,5 Millionen Flüchtlinge](#) aus Syrien, was für den Libanon eine große wirtschaftliche und soziale Belastung ist. Syrien ist bereit, die Menschen zurückzunehmen, Aber die Bedingungen dafür sind noch nicht geklärt. Solange also die Menschen nicht nach Syrien zurückkehren können, braucht der Libanon weitere Hilfe – 12 Mrd. US-Dollar für 5-7 Jahre.

Weil im Libanon Flüchtlingslager offiziell nicht zugelassen sind, hausen die Menschen in selbstgebauten Hütten in mehr als 2'100 städtischen und ländlichen Gemeinden. Manchmal können sie sich mit anderen Familien die Miete einer Wohnung teilen. [Solange in Syrien alles zerstört und keine Sicherheit gegeben ist](#), ist für die Menschen eine Rückkehr nach Syrien schwer vorstellbar.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● DWN: **Simbabwe: Großmächte kämpfen um Zugriff auf Rohstoffe**

Nach fast 40 Jahren an der Macht ist Simbawbes Präsident Robert Mugabe zurückgetreten. Das bereits angelaufene Amtsenthebungsverfahren wurde abgebrochen. [Der Machtkampf in Simbabwe hat handfeste wirtschaftliche Hintergründe](#). Alle Großmächte sind involviert und wollen ihre Interessen in dem afrikanischen Land wahrnehmen.

Es geht vor allem um Rohstoffe, insbesondere um metallurgisches Chromit. Andere sehr wichtige kommerzielle Mineralvorkommen umfassen Kohle, Kupfer, Platin, Gold, Diamanten und Eisenerz. In den vergangenen Jahren haben China und Russland ihre wirtschaftlichen Interessen in Simbabwe enorm ausgebaut. Die chinesischen Investitionen in Simbabwe hatten sich bisher auf die Bereiche der Landwirtschaft und der Edelmetall- sowie Edelstein-Förderung konzentriert. Russland investiert u.a. in den Platin-Abbau, den Energiesektor, die Infrastruktur und die Landwirtschaft.

Die USA haben im Jahr 2000 Sanktionen gegen Simbabwe verhängt, andererseits investieren sie in dem Land, importieren aus Simbabwe Eisen und Stahl, Tabak, Zucker u.a.m. und exportieren dorthin vor allem Maschinen.

Die DWN, [Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#), werden seit 2012 von Michael Maier herausgegeben. Die DWN "stehen für ein Wirtschaftssystem, in dem die Ressourcen der Erde mit äußerster Zurückhaltung verwendet werden und welches sich vor allem dem Ziel verpflichtet weiß, die Kluft zwischen Reich und Arm in der Welt zu verringern". Seit 2015 befindet sich die Mehrheit der Anteile in den Händen des schwedischen Bonnier-Verlags. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• SwissPropaganda: **Die Grenzen der Pressefreiheit**

Der Schweizer Presseclub in Genf hatte für Ende November 2017 einen Vortrag angekündigt, der sich kritisch mit den in westlichen Medien populären 'Syrischen Weißhelmen' befassen wollte. Daraufhin forderten die britische Organisation 'The Syria Campaign', die Direktorin des Washingtoner 'Syria Institute', die Syrien-Beauftragten der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung und die Schweizer Sektion von 'Reporter ohne Grenzen' die Absage der Veranstaltung.

Presseclub-Direktor Guy Mettan hielt indes an der Veranstaltung fest – zumal der Presseclub auch schon prominente Kreml-Kritiker eingeladen hatte. Im Westschweizer Fernsehen RTS wurde Mettan daraufhin als "Sprachrohr der russischen Propaganda" und "Apologet der Putin-Regierung" bezeichnet. Die Finanzkommission des Kantons Genf, der wichtigste Träger des Presseclubs, beantragte in der Folge die Streichung sämtlicher Subventionen für die Organisation, und der Genfer [Regierungspräsident rief den Vorstand des Presseclubs auf, die "notwendigen Maßnahmen" zu ergreifen](#) – also Mettan zu entlassen.

Einige fühlten sich durch dieses Vorgehen geradezu an autoritäre Staaten erinnert. Dieser Vorfall zeigt einmal mehr, welche enge Grenzen Journalisten in NATO-Ländern und selbst in der neutralen Schweiz bei geopolitischen Themen gesteckt sind. – *Man fühlt sich auch an die [Umstände zur Preisverleihung an Ken Jebsen in Berlin](#) erinnert* (Red.).

SwissPropaganda zeigt in diesem Artikel auch die Abhängigkeiten der Agierenden zu transatlantischen Organisationen auf.

[Swiss Propaganda](#), ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien, erstellt alle Studien und Beiträge durch politisch und publizistisch unabhängige Medienwissenschaftlern, ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Herrschaftsinstrument Tagesschau: Über "Die Macht um Acht" mit Volker Bräutigam und Uli Gellermann**

"[Die Macht um Acht](#)", so heißt das Buch von Uli Gellermann, Friedhelm Klinkhammer und dem ehemaligen Tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam. Es geht um den "Faktor Tagesschau" und wie die tägliche ARD-Nachrichtensendung um 20 Uhr als meinungsführendes Medium, als Herrschaftsinstrument den Ton angibt. "Mit Pluralismus will man den gemeinen Tagesschau-Zuschauer nicht verunsichern," schreibt Gellermann und geht hart ins Gericht mit der Schau um Acht. Wie sich die Tagesschau entwickelt hat und dass es früher mal graduell besser war, erläutert Bräutigam im Gespräch (Video 0h47).

Die Kontrollfunktionen sollten öffentlich tagen, statt dass Personen ohne demokratische Kontrolle in den Rundfunkrat hineinkommen. De Facto haben wir einen Staatsfunk, der als Sprachrohr der Regierung dient und versucht, den Zuschauer unwissend zu halten. Es werden Sprachregelungen benutzt, wie sie die Politiker nutzen. Der Bürger ist gut beraten, die Sendungen mit gesundem Zweifel anzuschauen.

[Inhalt](#) ↑

- **John Perkins: Ich half den USA beim Ausnehmen armer Länder**

Der Bestseller "[Bekenntnisse eines Economic Hitman](#)" von John Perkins erschien kürzlich in einer aktualisierten Neuauflage. In diesem Buch und in einem aktuellen Interview mit Alexander Boos legt Perkins dar, wie US-Firmen mit Weltbank-Krediten ganze Länder abhängig machen.

Perkins bezeichnet sich als Chef-Ökonom und Wirtschaftsberater bei dem großen Wirtschaftsberatungs-Unternehmen Chas T. Main. Sein Job war es, Länder mit großen Rohstoffvorkommen wie Öl zu identifizieren. Dann organisierte er über die Weltbank und über deren Schwesterorganisationen riesige Kredite für diese Länder.

Doch diese Gelder gingen nie in diese Länder. Stattdessen ging das Geld auf dem Umweg direkt an US-Firmen, wie z.B. Halliburton oder General Electric. Die Firmen machten dann in diesen Ländern mit Projekten wie dem Aufbau von Stromnetzen, Industrie-Gebieten oder Autobahnen riesige Gewinne. Profit machten auch ein paar wenige reiche Familien in den Ländern, aber die Länder selbst hatten dann riesige Schulden und die armen Schichten sowie die Mittelklasse dort hatten dann schrecklich darunter zu leiden.

Wenn diese Länder dann diese Kredite nicht mehr bedienen konnten, mussten sie bei der nächsten UNO-Abstimmung pro USA stimmen oder erlauben, dass eine US-Basis auf eurem Territorium errichtet wurde. Darüber oder etwas Ähnliches in der Art wurde die Kontrolle über solch einen Staat übernommen. Unwillige Regierungen wurden dann von den "Schakalen" durch Staatsstriche, durch Putsche oder sogar durch Attentate abgesetzt. Diese jahrtausendealte Taktik wurde von vielen Weltreichen praktiziert, auch von der Sowjetunion.

Als Perkins in den 1970er Jahren mit dieser Tätigkeit anfang, dachte er, das sei auch für die Entwicklungsländer eine gute Sache, da dort Geld investiert wurde und die Länder laut Statistik voran kamen. Perkins brauchte [Jahre, um die wahren Abläufe und Folgen zu verstehen](#). Dabei hat ihm auch sein direkter Kontakt zu den Bürgern der betroffenen Länder geholfen. Seine Tätigkeit gab er 1981 mit der Ankündigung auf, ein Buch über das Thema schreiben zu wollen. Daraufhin hatten er und seine Familie u.a. Morddrohungen erhalten. Heute arbeitet er bei 'Dream Change', einer gemeinnützigen Organisation, die versucht, das herrschende Paradigma des Raubtier-Kapitalismus zu ändern.

[John Perkins](#), Jg. 1946, vom NSA und der internationalen Beratungsfirma MAIN als idealer 'Economic Hit Man' entdeckt und dafür ausgebildet, veranlasste von 1970 bis 1982 im Auftrag von MAIN zahlreiche Entwicklungsländer zu überdimensionierten Technikprojekten; verließ MAIN aufgrund von Wissenskonflikten und gründete die Firma IPS (Independent Power Systems), die sich auf die Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme spezialisierte; verkaufte IPS 1992. Heute leitet er die Organisation 'Dream Change Coalition', die zusammen mit den indigenen Völkern Südamerikas deren Umwelt und Kulturen schützt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Ralf Streck: Portugal zahlt erneut IWF-Schulden frühzeitig zurück**

Unter der Linksregierung mit ihrer Anti-Austeritätspolitik hat Portugal erneut bewiesen, dass es auch anders geht. Mehr als drei Viertel der 26 Mrd. Euro, die das Land im Rahmen des IWF-Rettungsprogramms erhalten hatte, wurden nun verfrüht zurückgezahlt. Das Land will sich so schnell wie möglich [aus dem teuren Würgegriff des IWF und aus der Schuldenfalle befreien](#). Deshalb sollen die frühzeitigen Rückzahlungen auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Über die frühzeitigen Schuldentrückzahlungen werden etwa eine Milliarde an Zinskosten gespart, was wieder für Investitionen, Forschung und Sozialausgaben genutzt und somit die Konjunktur stärken kann. Möglich werden die Rückzahlungen, da die Wirtschaft des Landes stabil wächst, getragen auch von Binnenkonsum.

Die Arbeitslosigkeit fällt und fällt, womit Steuereinnahmen steigen und Ausgaben des Staates sinken. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote in Portugal mit 8,6%, unter dem Durchschnitt im Euroraum und steht sogar besser da als Finnland. Portugal holt auch Auswanderer zurück. -

Inzwischen kommen nicht einmal mehr die großen Ratingagenturen umhin, den Würgegriff um Portugal zu lockern.

In einem der Kommentare zu dem Artikel wird darauf hingewiesen, dass den Griechen der von Portugal beschrittene Weg durch die Erpressermethoden der Troika verwehrt wurde und dass die dahinter [stehende Agenda der Neoliberalen noch nie auf das Wohl der Menschen gerichtet](#) war. In einem weiteren Kommentar werden einige [Maßnahmen der portugiesischen Regierung](#) aufgezählt, die zum gegenwärtig sichtbaren Erfolg beigetragen haben: Anhebung des Mindestlohns, Erhöhung von Kindergeld und Renten, Reduzierung der Steuern für die Bezieher niedriger Einkommen verbunden mit der Erhöhung verschiedener indirekter Steuern (Benzin, Tabak, Alkohol, Mietverträge, Auto) und die Umkehr von Privatisierungen. In anderen [Kommentaren](#) wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass die Rückzahlungen Portugals nicht nur der Stärkung des Binnenmarktes sondern auch neuen Krediten geschuldet ist.

[Ralf Streck](#), Jg. 1964, studierte Politikwissenschaft und Turkologie an der Uni in Frankfurt/M., ist als Journalist bei Radio Dreyeckland in Freiburg und anderen Medien in Europa und als Übersetzer tätig, beschäftigt sich vor allem mit linken Unabhängigkeitsbestrebungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **DWN: Kleinstadt blockiert Ausbeutung ihres Grundwassers durch Nestle**

Die Kleinstadt Ewart im US-Bundesstaat Michigan hat Versuche des Lebensmittelriesen Nestlé blockiert, [noch mehr Grundwasser der Gemeinde abzapfen](#), um es in Flaschen als Trinkwasser zu verkaufen. Nestlé wollte seine Entnahme von 645 auf 1'500 Liter pro Minute erhöhen.

Das 'Michigan Department of Environmental Quality' berät seit etwa einem Jahr über den Antrag zur Erweiterung der Förderkapazität. Anzeigen von Bürgern und Ureinwohnern hatten den Prozess in die Länge gezogen. Der Widerstand hatte Zuspruch durch Berichte erhalten, wonach das Oberflächenwasser rund um andere Pumpstationen von Nestlé inzwischen deutlich zurückgegangen sein soll.

[Inhalt](#) ↑